Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Harburg

Antrag	Drucksachen–Nr.: **22-2232**
CDU-Fraktion / Fischer-Pinz, Brit-Meike / Frommann, Lars / Bliefernicht, Thore	Datum: 15.11.2026

Beratungsfolge		
	Gremium	**Datum**

Antrag CDU betr. Zunehmende Sichtungen von Ratten im Bezirk Harburg: Rattenbekämpfung auf öffentlichem und privaten Grund

Sachverhalt:
Bürgerinnen und Bürger im Bezirk Harburg berichten wiederholt über eine subjektiv wahrgenommene, deutliche Vermehrung von Ratten auf öffentlichem Grund. U.a. im Bereich des Bahnhofsumfeldes in Neugraben (Nord- und Südseite) komme es in den letzten Monaten zu deutlich vermehrten Sichtungen von Ratten auch tagsüber.

Aber auch auf privatem Grund lasse sich Rattenbefall aufgrund veränderter gesetzlicher Regelungen, die den Einsatz von blutgerinnungshemmenden Rattengift-Präparaten für Privatpersonen einschränken mit dem nachvollziehbaren Ziel, Menschen, Haustiere und Wildtiere vor Sekundärvergiftungen zu schützen (EU-Biozid-Verordnung (Nr. 528/2012), zu Schwierigkeiten in der effizienten Bekämpfung der als ernstzunehmende Gesundheitsschädlinge geltenden Nagetiere. Die nun zwingend erforderliche Beauftragung von Fachfirmen sei oftmals mit Wartezeiten und erheblichen Kosten verbunden. Desweiteren sei auch professionellen Schädlingsbekämpfern eine prophylaktische Dauerbeköderung mit Antikoagulanzien untersagt, was die Bekämpfung von Ratten in Betrieben, aber auch auf öffentlichem Grund in der Praxis verkompliziere.

Aus gesundheitspolitischer Perspektive wäre eine effiziente Bekämpfung zunehmender Rattenpopulationen im Bezirk Harburg dringend erforderlich.

Petitum/Beschlussvorschlag:
Die Bezirksversammlung beschließt:
Der Vorsitzende der Bezirksversammlung möge auskunftsfähige Vertreter des Institutes für Hygiene und Umwelt (HU) der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA) in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz (KUV) einladen, um zu berichten, ob und inwieweit für den Bezirk Harburg stadtteilbezogen Hinweise auf ein vermehrtes Aufkommen von Ratten auf öffentlichem und privaten Grund vorliegen und wie unter den veränderten gesetzlichen Bedingungen eine effi-

ziente Bekämpfung und Eindämmung wachsender Rattenpopulationen gelingen kann. Dabei mögen auch die für Bürger zur Verfügung stehenden Melde- und Beratungsangebote vorgestellt und berichtet werden, inwieweit diese von Harburger Bürgern bisher genutzt werden und ob weitergehende Informationsmaßnahmen zum Thema Rattenvermeidung und -bekämpfung für erforderlich gehalten werden.

Hamburg, am 14.11.2026